GPPi
GLOBAL PUBLIC POLICY INSTITUTE

Kritisches Element

Wie Entwicklungszusammenarbeit in Afrika zu Deutschlands Rohstoffsicherheit beitragen kann

Positionspapier von Jakob Hensing

NOVEMBER 2026

5 Thesen zu Rohstoffen und Entwicklungszusammenarbeit

1 **Fragile Rohstoffversorgung gefährdet Deutschlands Sicherheit und Wohlstand.**

Extreme Abhängigkeit von China bei Seltenen Erden und diversen weiteren Materialien macht Deutschland erpressbar und schränkt den außenpolitischen Handlungsspielraum ein. In den nächsten Jahren wird der Bedarf an vielen Rohstoffen zudem stark ansteigen.

2 **Kooperation mit Entwicklungsländern ist ein wichtiger Teil der Lösung und kann auf kompatiblen Interessen aufbauen.**

Ein großer Teil bekannter Rohstoffvorkommen liegt in Entwicklungsländern. Gerade das Potenzial des afrikanischen Kontinents wird bisher nur in Ansätzen gehoben. Viele Regierungen haben Interesse an mehr lokaler Wertschöpfung und industrieller Entwicklung, die auf Rohstoffsektoren aufbauen kann. Mindestens mittelfristig würde eine solche Entwicklung dazu beitragen, die Konzentration der globalen Rohstoffverarbeitung in China zu reduzieren.

3 **Deutschlands bisherige Kooperationsbemühungen zeigen kaum Wirkung.**

Trotz Rohstoffpartnerschaften und diversen Förderinstrumenten gibt es bisher kaum Projekte in afrikanischen Ländern, die zu Deutschlands resilienter Versorgung mit kritischen Rohstoffen beitragen. Wachstum und Entwicklung von Rohstoffsektoren in Partnerländern bleiben bisher oft enttäuschend, viele Regierungen intensivieren derweil die Zusammenarbeit mit China und anderen Partnern.

4 **Deutschlands Entwicklungszusammenarbeit zu Rohstoffen ist bisher vom eigenen Ziel der Versorgungssicherheit entkoppelt.**

Deutschlands Entwicklungszusammenarbeit zu Rohstoffen ist bisher stark auf Nachhaltigkeit, soziale Aspekte und Regierungsführung (ESG) ausgerichtet – nicht auf Wachstum und industrielle Entwicklung, welche Voraussetzung für einen Beitrag zu Deutschlands Versorgungssicherheit wären. Solange es Deutschland nicht gelingt, Investitionen und Projektentwicklung unter oft schwierigen lokalen Bedingungen und angesichts der chinesischen Preisdominanz für Firmen wirtschaftlich attraktiv zu machen, kann allerdings auch eine andere Ausrichtung der rohstoffbezogenen Entwicklungszusammenarbeit nur wenig bewirken.

5 **Deutschland braucht ein neues Modell internationaler Rohstoffkooperation, in dem Entwicklungszusammenarbeit eine wichtige Rolle spielt.**

Die im November 2026 angekündigte Neuausrichtung der deutschen Rohstoffaußenpolitik bietet eine Chance, ein effektiveres Kooperationsmodell zu schaffen. Deutschlands Rohstoffzusammenarbeit sollte konsequent auf konkrete Projekte ausgerichtet werden, die die Bundesregierung gemeinsam mit Partnerregierungen und Industrie aktiv entwickeln muss. Absicherung der Nachfrage zu tragfähigen Preisen ist dabei ebenso wesentlich wie gezielte Verzahnung mit entwicklungspolitischen Maßnahmen: etwa Investitionen in Energie- und Transportinfrastruktur oder Initiativen zur lokalen Fachkräfteausbildung, die unmittelbar zum Erfolg von Rohstoffprojekten beitragen können. Diese wichtige Komponente muss mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden. Projekte zur Stärkung von ESG sollten ein wichtiger Teil der Zusammenarbeit bleiben, Anforderungen in der Projektfinanzierung aber so angepasst werden, dass sie auf kontinuierliche Verbesserungen abzielen und nicht die Erfüllung hoher Standards bereits in frühen Phasen eines Projekts erfordern. Mit einem solchen Modell könnte Rohstoffkooperation mit Entwicklungsländern im gegenseitigen Interesse endlich Realität werden.

Fragile Rohstoffversorgung als Risiko für Wohlstand und Sicherheit

Die verlässliche Versorgung der deutschen Industrie mit kritischen Rohstoffen ist essenziell für Wohlstand und Sicherheit des Landes. Mineralische Rohstoffe und darauf basierende Zwischenprodukte wie Magnete, Batterien und Mikrochips sind unverzichtbar für Deutschlands Schlüsselindustrien wie Automobilsektor und Maschinenbau, die Energiewende, digitale Technologien und die KI-Revolution, und nicht zuletzt für die Verteidigungsindustrie. Deutsche Unternehmen haben in den letzten Jahrzehnten stark darauf gesetzt, diese Güter auf globalen Märkten zu möglichst günstigen Preisen einzukaufen. Dabei hat sich eine tiefe Abhängigkeit von China entwickelt, das insbesondere in der Zwischenverarbeitung von Rohstoffen eine global dominierende Position aufgebaut hat – mit Marktanteilen von inzwischen über 90% beispielsweise bei Seltenen Erden, Gallium oder Graphit.[1]

Bei Unterbrechungen der Versorgung drohen binnen weniger Wochen Produktionsausfälle und wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe.[2] China hat in den letzten Jahren immer weitreichendere Kontrollen über den Export kritischer Materialien erlassen und unter anderem die Ausfuhr wichtiger Güter für militärische Zwecke grundsätzlich untersagt. Im Streit über Zölle und Technologiekontrollen mit den USA hat Peking 2025 demonstriert, wie es die Androhung weiterer Restriktionen als politisches Druckmittel einsetzen kann. In einer Situation, in der die deutsche Wirtschaft unter anderem durch unfairen Wettbewerb aus China massiv unter Druck steht, schränkt Deutschlands Erpressbarkeit bei Rohstoffen den politischen Handlungsspielraum der Bundesregierung ein und schadet damit schon heute konkret den Interessen des Landes.

Erpressbarkeit bei Rohstoffen schränkt den Handlungsspielraum der Bundesregierung ein und schadet damit schon heute konkret den Interessen des Landes

Für viele Materialien ist zudem damit zu rechnen, dass sowohl der globale Bedarf als auch die Nachfrage deutscher Abnehmer in den nächsten Jahren rapide steigen wird.[3] Neben der Reduzierung der akuten Abhängigkeit von China geht es also auch darum, die Rohstoffversorgung der Industrie mittel- und langfristig verlässlich aufzustellen.

Globale Partnerschaften als wichtiger Hebel - gerade in Afrika

Der Ausbau von Bergbau und Verarbeitung in Europa sowie von Recycling und Kreislaufwirtschaft können wichtige Beiträge zu diesen Zielen leisten, reichen aber weder kurz- noch mittelfristig aus. Deutschland hat ein dringendes Interesse daran, dass sich auch in anderen Teilen der Welt erfolgreiche Rohstoffindustrien entwickeln, sodass für alle wichtigen Materialien ausreichende und diverse Bezugsquellen zur Verfügung stehen.

Neben rohstoffreichen Industrie- und Schwellenländern wie Australien, Kanada oder Brasilien haben auch viele Entwicklungsländer in dieser Hinsicht großes Potenzial. Knapp ein Drittel der globalen bekannten Vorkommen kritischer Rohstoffe liegen in afrikanischen Ländern,

---

[1] Florian Klumpp et al., *Out of the Dependency Trap: Why Germany's and Europe's Critical Raw Materials Policy Falls Short and How to Fix It* (Global Public Policy Institute, 2026), https://gppi.net/2026/05/12/out-of-the-dependency-trap; International Energy Agency, "Share of Top Refining Country for 20 Energy-Related Minerals," IEA, 2025, https://www.iea.org/data-and-statistics/charts/share-of-top-refining-country-for-20-energy-related-minerals.

[2] Wolfgang Bernhart et al., "Wege aus der Abhängigkeit: Wie Deutschland die Rohstoffe für eine zukunftsfähige Wirtschaft sichert," 2024, https://bdi.eu/de/publications/wege-aus-der-abhaengigkeit-wie-deutschland-die-rohstoffe-fuer-eine-zukunftsfaehige-wirtschaft-sichert.

[3] International Energy Agency, "Global Critical Minerals Outlook 2026," 2026, https://www.iea.org/reports/global-critical-minerals-outlook-2026/outlook; Langkau, S. et al., *Rohstoffe Für Zukunftstechnologien 2026 - Vorabversion*, DERA Rohstoffinformationen 67 (2026), https://www.deutsche-rohstoffagentur.de/DERA/SharedDocs/Downloads/Rohstoffinformationen/rohstoffinformationen-67_vorversion.pdf?__blob=publicationFile&v=3.

wovon bisher nur ein Bruchteil erschlossen wird.[4] Dies umfasst über drei Viertel der bekannten, wirtschaftlich erschließbaren Vorkommen von Platinmetallen (die etwa in Katalysatoren und Brennstoffzellen zum Einsatz kommen) und Tantal (das vor allem in der Mikroelektronik eine wichtige Rolle spielt, zum Beispiel in Mobiltelefonen). Bei Kobalt, Chrom und Mangan sind es ebenfalls große Anteile.[5] Mit Südafrika, Malawi, Uganda und Namibia gehören vier afrikanische Länder weltweit zu den wichtigsten Orten für die Suche nach Seltenen Erden.[6] Dennoch entfallen nur ca. 10% der globalen Ausgaben für Exploration auf den Kontinent, das tatsächliche Potenzial dürfte also noch höher sein.[7]

Soweit Rohstoffe in afrikanischen Ländern abgebaut werden, werden sie zur Verarbeitung meist nach China exportiert – oft durch chinesische Konzerne, die sich in den letzten Jahrzehnten mit umfassender staatlicher Unterstützung (unter anderem durch „Rohstoffe-gegen-Infrastruktur"-Deals) systematisch Lizenzen für attraktive Abbaugebiete gesichert haben. In der Demokratischen Republik Kongo beispielsweise halten chinesische Firmen Anteile an 17 der wichtigsten Betriebe in der Kobaltförderung.[8] Wie unten näher beleuchtet ist die Diskussion über die Zusammenarbeit mit China in vielen afrikanischen Ländern komplex und keineswegs flächendeckend in Skepsis umgeschlagen. Klar ist aber: für viele nationale Regierungen ist es ein wichtiges Anliegen, dass ein größerer Anteil der Wertschöpfung im eigenen Land stattfindet und der Rohstoffsektor stärker als bisher zur Basis für die eigene industrielle Entwicklung wird.[9] Diese Ambition hat die Afrikanische Union bereits 2009 in ihrer „Africa Mining Vision" dargestellt und 2025 in ihrer „African Green Minerals Strategy" nochmals bekräftigt.[10]

Grundsätzlich gibt es also klare Überschneidungen zwischen Deutschlands rohstoffpolitischen Interessen und denen vieler Entwicklungsländer, die Chancen zur fruchtbaren Zusammenarbeit eröffnen. Im November 2026 hat die Bundesregierung eine Neuausrichtung der deutschen Rohstoffaußenpolitik angekündigt und dabei richtigerweise betont, dass vorhandene Instrumente inklusive der Entwicklungspolitik besser miteinander verzahnt werden müssen und dass auch Partnerschaften mit mittel- bis längerfristigen Potenzialen Teil der Strategie sein müssen.[11] Nun gilt es, im Zuge dieser Neuaufstellung die entscheidenden Hindernisse anzugehen, die Rohstoffkooperationen mit Entwicklungsländern bisher ausgebremst haben.

---

[4] Wenjie Chen et al., *Digging for Opportunity: Harnessing Sub-Saharan Africa's Wealth in Critical Minerals*, April 2024 Regional Economic Outlook: Sub-Saharan Africa Analytical Note (IMF, 2024), https://www.imf.org/-/media/files/publications/reo/afr/2024/april/english/mineralsnote.pdf.

[5] McKinsey & Company, *African Bedrock: How the Continent's Minerals Can Help Power the World* (2026), https://www.mckinsey.com/industries/metals-and-mining/our-insights/African-bedrock-how-the-continents-minerals-can-help-power-the-world?hsid=b2defd33-c50d-4fb0-ae6c-51cf0b6fdf51#/.

[6] Gracelin Baskaran und Meredith Schwartz, *Developing Rare Earth Processing Hubs: An Analytical Approach* (CSIS, 2025), https://www.csis.org/analysis/developing-rare-earth-processing-hubs-analytical-approach.

[7] Gracelin Baskaran, "Underexplored and Undervalued: Addressing Africa's Mineral Exploration Gap," *CSIS Commentary*, May 9, 2025, https://www.csis.org/analysis/underexplored-and-undervalued-addressing-africas-mineral-exploration-gap.

[8] Raphael Deberdt et al., "Midstream Geopolitics: Processing Power in Critical Mineral Supply Chains," *Political Geography* 131 (December 2026): 103626, https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2026.103626.

[9] Inga Carry et al., *Elemente einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik: Partnerschaften für lokale Wertschöpfung in mineralischen Lieferketten*, SWP Arbeitspapier (2023), https://www.swp-berlin.org/publications/products/arbeitspapiere/AP_01-2023-FG06-Rohstoffau%C3%9Fenpolitik.pdf.

[10] Afrikanische Union, "Africa Mining Vision," 2009, https://au.int/sites/default/files/documents/30984-doc-africa_mining_vision_english.pdf; African Minerals Development Centre, "Africa's Green Minerals Strategy," 2024, https://au.int/sites/default/files/documents/44539-doc-AGMS_Final_doc.pdf.

[11] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „Bundesregierung stellt die Rohstoffaußenpolitik neu auf," 11. November 2026, https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2810454-2810454.

Diverse Bemühungen, wenig Wirkung

Die Idee der Rohstoffstoffzusammenarbeit mit Entwicklungsländern im gegenseitigen Interesse ist nicht neu. Vielmehr hat die Bundesregierung seit Jahren durchaus Versuche unternommen, internationale Bezugsquellen für Rohstoffe auszubauen und zu diversifizieren. Schon im Jahr 2011 vereinbarte sie eine erste formalisierte Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei. Weitere Kooperationen kamen in den Folgejahren dazu, auf dem afrikanischen Kontinent mit Ghana. Parallel unterstützte Deutschland in den letzten Jahren den Abschluss von Rohstoffpartnerschaften auf EU-Ebene u.a. mit der Demokratischen Republik Kongo, Namibia, Ruanda, Sambia und Südafrika. Zudem förderte die Bundesregierung den Aufbau von Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe an den Außenhandelskammern in relevanten Ländern und Regionen, seit 2013 etwa für das Südliche Afrika. Für privatwirtschaftliche Initiativen bestehen Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung insb. über die KfW IPEX-Bank, die als Teil der staatseigenen KfW-Bankengruppe für Projekt- und Exportfinanzierungen zuständig ist, sowie seit kürzerem über den nationalen Rohstofffonds, der auch Projekte im Ausland unterstützen kann. Außerdem können Vorhaben durch Investitionsgarantien und Garantien für Ungebundene Finanzkredite (UFK) der Bundesregierung abgesichert werden.

Auch im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gibt es Aktivitäten mit explizitem Rohstoffbezug, die allerdings einen anderen Schwerpunkt haben. Letzteres wird beispielweise in der aktuellen Rohstoffstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2019 deutlich: Entwicklungspolitische Instrumente werden hier hauptsächlich im Kapitel zu Nachhaltigkeit und Transparenz angesprochen, zu Deutschlands eigener Rohstoffversorgung wird hingegen nirgendwo ein Bezug hergestellt.[12] Dazu passt auch das Sektorprogramm „Rohstoffe und Entwicklung“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), in dem es primär um die Mitgestaltung internationaler Dialoge und Initiativen zu Aspekten wie Nachhaltigkeit, gute Regierungsführung im Rohstoffsektor, und Transparenz geht.[13] Auch bei näherer Befassung mit Deutschlands entwicklungspolitischen Aktivitäten zu Rohstoffen in konkreten Partnerländern wird schnell deutlich, dass der Fokus stark auf diesen Themen liegt. Unabhängig von der Frage des deutschen Zugangs zu Materialien wird auch ein generelles Wachstum des Rohstoffsektors in den Partnerländern allenfalls als erhoffter Nebeneffekt betrachtet, nicht als wesentliches Ziel. Hiervon teilweise auszunehmen sind die Projekte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in der technischen Zusammenarbeit, etwa bei der Erkundung und Kartierung von Rohstoffvorkommen in Kooperation mit lokalen Behörden. Diese legen wichtige Grundlagen für spätere Projekte, sind von tatsächlicher Produktion allerdings viele Schritte entfernt.

Deutschlands entwicklungspolitische Aktivitäten zu Rohstoffen konzentrieren sich auf Nachhaltigkeit, gute Regierungsführung und Transparenz

Andere entwicklungspolitische Aktivitäten – etwa in den Bereichen Energie, Transportinfrastruktur oder Ausbildung – sind für die Entwicklung von Rohstoffsektoren potenziell hoch relevant, werden aber aktuell nicht systematisch auf dieses Ziel ausgerichtet bzw. unter diesem Gesichtspunkt ausgewählt und geplant. Über die EU-Infrastrukturinitiative Global Gateway ist Deutschland zwar am Ausbau des Lobito-Korridors beteiligt, der Sambia, die Demokratische Republik Kongo und Angola besser miteinander verbinden und ihren Zugang zu globalen

[12] Bundesregierung, “Rohstoffstrategie der Bundesregierung: Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit nichtenergetischen mineralischen Rohstoffen,” 2020, https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Industrie/rohstoffstrategie-der-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

[13] „Sektorprogramm Rohstoffe und Entwicklung“, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, aufgerufen am 28. September 2026, https://rue.bmz.de/rue

Exportmärkten auch mit Blick auf Rohstoffe verbessern soll.[14] Selbst im Rahmen von Global Gateway, das neben der Entwicklung der Partnerländer auch die Stärkung von Lieferkettensicherheit explizit als ein Ziel nennt, bleibt ein solch direkter Bezug zu kritischen Rohstoffen aber die Ausnahme. Der aktuelle BMZ-Reformplan sieht vor, dass „die Unterstützung beim nachhaltigen Abbau und bei der Versorgung mit Rohstoffen [...] auf kritische und strategische Rohstoffe für die grüne Transformation fokussiert" und die bilaterale Zusammenarbeit zu nicht-kritischen Rohstoffen beendet wird, grundlegender wird die Ausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik zu Rohstoffen aber nicht thematisiert.[15]

Insgesamt sind die Ergebnisse von Deutschlands bisherigen Bemühungen in der Rohstoffkooperation mit Entwicklungsländern enttäuschend. Das rohstoffbezogene entwicklungspolitische Engagement mag bei seinen unmittelbaren politisch gesetzten Zielen gewisse Fortschritte verzeichnet haben, etwa beim Aufbau von Strukturen für Lieferkettentransparenz. Diese haben aber bestenfalls indirekt zum Wachstum von Rohstoffsektoren in Partnerländern beigetragen, das gemessen am Potenzial bescheiden ausfällt und in aller Regel auf Projekte ohne deutsche Beteiligung zurückzuführen ist. Echte Schritte in Richtung einer rohstoffbasierten industriellen Transformation sind kaum zu beobachten. Fehlendes Interesse von Investoren und Projektentwicklern tragen maßgeblich zu häufig skeptischen Wahrnehmungen des deutschen und europäischen Engagements vor Ort bei.[16] Ohne stärkeres Wachstum von Abbau- und Verarbeitungskapazitäten in den Partnerländern erübrigt sich die Frage des Beitrags zu Deutschlands Versorgungssicherheit.

Das Interesse anderer globaler Akteure an der Rohstoffzusammenarbeit mit afrikanischen Ländern wächst

Zugleich wächst das Interesse anderer globaler Akteure an der Rohstoffzusammenarbeit mit afrikanischen Ländern. Insbesondere die arabischen Golfstaaten haben ihr Engagement in den letzten Jahren ausgebaut. So übernahm ein regierungsnahes Konglomerat aus den Vereinigten Arabischen Emiraten 2023 Mehrheitsanteile einer großen Kupfermine in Sambia, ein anderes Unternehmen schloss in der Demokratischen Republik Kongo einen Vertrag über die Entwicklung von Minen und den Export von Zinn, Tantal und Wolfram ab.[17] Saudi Arabien umwirbt afrikanische Länder im Rahmen seines inzwischen jährlich stattfindenden „Future Minerals Forum" und sucht insbesondere nach Möglichkeiten, Projekte auf dem Kontinent mit Investitionen in eigene Verarbeitungskapazitäten zu kombinieren.[18]

Auch die USA spielen eine wichtige und veränderte Rolle. Nachdem der Fokus während der Biden-Administration noch auf Beiträgen zur Finanzierung des Lobito-Korridors gelegen hatte, treibt die zweite Trump-Administration vor allem Projektinvestitionen und die Übernahme von Anteilen an wichtigen Projekten durch US-Unternehmen voran und nutzt dabei die Development Finance Corporation (DFC) und weitere staatliche Instrumente inklusive der strategischen Lagerhaltungsinitiative Project Vault zur finanziellen Absicherung. Sowohl im Falle der Golfstaaten als auch der USA ist das Engagement im Rohstoffsektor stark mit sicherheitspolitischer Kooperation mit der jeweiligen Regierung verflochten.

---

[14] „Lobito Corridor: Building the future together", Europäische Kommission, aufgerufen am 28. September 2026, https://international-partnerships.ec.europa.eu/lobito-corridor-building-future-together_en

[15] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, "Zukunft zusammen global gestalten," S. 15.

[16] Jakob Kullik et al., *Das Ende der Rohstoffpartnerschafts-Illusion?* (Konrad Adenauer Stiftung, 2026), https://www.kas.de/documents/268650/44961800/Das+Ende+der+Rohstoffpartnerschafts-Illusion.pdf/; Meike Schulze, "Strategic Raw Material Cooperation between Africa and Europe," *SWP Comment* (Berlin), Nr. 7 (Februar 2026), https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2026C07_RawMaterial_Africa_Europe.pdf.

[17] Muflih Hidayat, "UAE Mining Investments in Africa: Reshaping Global Resource Power," *Discovery Alert*, June 19, 2026, https://discoveryalert.com/uae-mining-investments-africa-critical-minerals-gold-governance/.

[18] Meike Schulze and Mark Schrolle, *Saudi Arabia Strives to Become Major Player in Mineral Supply Chains*, SWP Comment 2024/C52 (2024), https://www.swp-berlin.org/10.18449/2024C52/.

Die meisten afrikanischen Regierungen navigieren die diversen Kooperationsoptionen pragmatisch und vermeiden Festlegungen auf einen bestimmten Partner. So schloss beispielsweise Sambia in den Jahren 2023 bis 2025 im Rahmen einer Politik der „positiven Neutralität" acht verschiedene Kooperationsvereinbarungen ab, wobei der sambische Außenminister explizit betonte, dass keiner der Partner bevorzugt behandelt würde.[19]

China bleibt in vielen Ländern ein zentraler Akteur. Zwar wird gerade das „Rohstoffe-gegen-Infrastruktur"-Modell der letzten Jahrzehnte teilweise kritisch diskutiert, in einigen Fällen wie der DR Kongo haben Regierungen auch umstrittene Vereinbarungen mit China substanziell nachverhandelt.[20] Zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren vielfach fehlendes Augenmerk auf lokale Beschäftigung, soziale Aspekte und Umweltschäden. Gleichzeitig hat China seinerseits den Umfang staatlicher Finanzierung für Vorhaben in Afrika in den letzten Jahren reduziert.[21] Dennoch gibt es aber gerade in politischen und wirtschaftlichen Eliten weiterhin viele afrikanische Stimmen, die Zusammenarbeit mit China als zentral für die jeweilige nationale Entwicklung beschreiben und ihre bisherigen Ergebnisse insgesamt positiv bewerten, oft im expliziten Kontrast zu einem als bevormundend und ineffektiv dargestellten europäischen Engagement.[22]

Das zunehmende Interesse anderer Akteure dürfte auch dazu beigetragen haben, dass es afrikanischen Regierungen zuletzt mitunter gelungen ist, chinesische Unternehmen zum Aufbau von Verarbeitungskapazitäten vor Ort zu bewegen. So haben chinesische Firmen in den letzten Jahren etwa erheblich im Lithiumsektor in Simbabwe investiert, obwohl die Ausfuhr von unverarbeitetem Lithium aus dem Land seit 2022 untersagt ist. Nach Angaben der Firmen wurden neben steigenden Exporteinnahmen rund 5.000 Arbeitsplätze geschaffen, auch wenn Expertinnen und Experten Zweifel anmelden, ob diese durch lokale Arbeitskräfte ausgefüllt werden und inwiefern die Bevölkerung insgesamt von den Projekten profitiert.[23] Aus deutscher und europäischer Sicht ändert diese Entwicklung jedenfalls wenig am Grad der chinesischen Kontrolle über kritische Lieferketten, zumal spätere Verarbeitungsschritte weiterhin in China stattfinden. Sie verdeutlicht vielmehr, dass ein bloßes Bekenntnis zu lokaler Wertschöpfung kein wirkliches Alleinstellungsmerkmal darstellt und Deutschland nur dann zu einem attraktiven Partner macht, wenn auch ein überzeugendes Modell besteht, um konkrete Projekte zu generieren und wirksam zu fördern.

Gründe für das Scheitern

Um ein solches Modell zu entwickeln, gilt es zunächst, die Gründe für die mangelnde Effektivität der bisherigen deutschen Rohstoffkooperation mit Entwicklungsländern näher herauszuarbeiten. Klare Prämisse dabei sollte sein, dass der Aufbau eines erfolgreichen Rohstoffsek-

---

[19] Meike Schulze, *The Strategic Raw Material Partnership between the EU and Zambia: Industrial Cooperation Is Key to Value Creation and Long-Term Collaboration*, SWP Comment (2025), https://www.swp-berlin.org/publications/products/comments/2025C19_RawMaterialPartnership_EU_Zambia.pdf; Christina Lu, "The World's Mineral Powers Seize Their Moment," *Foreign Policy*, June 2, 2026, https://foreignpolicy.com/2026/06/02/critical-mineral-trade-trump-china-supply-chain-africa-latin-america/.

[20] Emmet Livingstone, *Uncertainties Remain With Renegotiated Chinese Mining Deal in DRC*, January 26, 2024, https://www.voanews.com/a/uncertainties-remain-with-renegotiated-chinese-mining-deal-in-drc-/7458908.html.

[21] Zainab Usman und Tang Xiaoyang, *How Is China's Economic Transition Affecting Its Relations With Africa?* (Carnegie Endowment for International Peace, 2024), https://carnegieendowment.org/research/2024/05/how-is-chinas-economic-transition-affecting-its-relations-with-africa.

[22] Tewodros Woldearegay, "China's Image in Africa: Economic Engagement and the Challenge of Social Acceptance," *African Identities*, June 8, 2026, 1–24, https://doi.org/10.1080/14725843.2026.2666598.

[23] Veda Vaidyanathan, "The Development Dilemma of Critical Minerals: Zimbabwe's Lithium and China," *PS: Political Science & Politics*, July 13, 2026, 1–6, https://doi.org/10.1017/S1049096526102248; Enos Denhere, "Who Benefits from Zimbabwe's Lithium Boom?," *Al Jazeera*, 18. Juni 2026, https://www.aljazeera.com/news/2026/6/18/who-benefits-from-zimbabwes-lithium-boom.

tors und insbesondere die Entwicklung einer Verarbeitungsindustrie eine große industriepolitische Herausforderung darstellt. Von Energie- und Transportinfrastruktur über die Verfügbarkeit geeigneten Personals bis zu guter Gesetzgebung und Regulierung müssen zahlreiche Bedingungen gegeben sein, damit Projekte voranschreiten und nachhaltig funktionieren.[24] Die Ausgangslage ist dabei in Entwicklungsländern in vielerlei Hinsicht weitaus schwieriger als in einem fortgeschrittenen Industrieland. Zudem hat Deutschland wie jeder externe Akteur viel geringeren Einfluss auf diese Faktoren als im eigenen Land und ist darauf angewiesen, dass die Partnerregierung in die angestrebte Richtung arbeitet – was oft maßgeblich von innen- und machtpolitischen Motiven und Partikularinteressen vor Ort abhängt.

Oft fehlen in dieser Gemengelage Akteure, die zugleich über die technische Kompetenz, die nötige strategische Weitsicht, und handfeste Ressourcen verfügen, um Projekte zum Erfolg zu führen und gerade auch die politischen Herausforderungen zu navigieren, die auftreten, wenn für ein Vorhaben zum Beispiel die Energieversorgung ausgebaut werden muss. Der Kooperationsansatz der Bundesregierung (wie auch der EU) ist bisher fundamental darauf ausgerichtet, dass im Rahmen breiter politischer Absichtserklärungen Privatunternehmen die Initiative übernehmen, während sich die staatliche Rolle weitgehend auf finanzielle Unterstützung der Anfangsinvestitionen konzentriert. Dabei müssen sich Industrieakteure zudem in einem komplexen Geflecht deutscher und europäischer Unterstützungsangebote mit oft langwierigen Verfahren zurechtfinden. Botschaften, Implementierungspartner und Außenhandelskammern vor Ort bemühen sich in vielen Fällen nach Kräften um Unterstützung, haben aber kein Mandat und keine ausreichenden Ressourcen, um Projekte aktiv mitzugestalten und ihre Umsetzung kontinuierlich zu begleiten. Wie unten weiter ausgeführt gibt es auf EU-Ebene mit dem neuen Instrument der „strategischen Projekte“ im Rahmen des Critical Raw Materials Act sowie mit der geplanten Einrichtung eines EU-Zentrums für kritische Rohstoffe jüngst erste Schritte, um Ressourcen zu bündeln und öffentliche Akteure in eine umfassendere Rolle in der Begleitung wichtiger Projekte zu bringen. Diese haben aber bisher nur begrenzte Wirkung in der Praxis.

Oft fehlen Akteure, die zugleich über die technische Kompetenz, strategische Weitsicht, und Ressourcen verfügen, um Projekte zum Erfolg zu führen

Gerade im Falle Deutschlands gibt es zudem auch seitens der Industrie kaum Firmen, die ambitionierte Rohstoffvorhaben anführen und strukturieren können. Große Teile des historisch bedeutenden deutschen Rohstoffsektors sind in den letzten Jahrzehnten erodiert. Es fehlt sowohl an großen Bergbau- und Verarbeitungsunternehmen, die bei Vorliegen der wirtschaftlichen Voraussetzungen selbst anspruchsvolle Großprojekte in Partnerländern umsetzen könnten, als auch an dynamischen kleineren Unternehmen (Junior Miners), die kontinuierlich neue Projektmöglichkeiten identifizieren und entwickeln. Stärken haben deutsche Firmen im Rohstoffsektor vor allem als Anbieter von spezialisierten Technologien und Dienstleistungen. Diese können jedoch nur dann zum Einsatz kommen, wenn Projekte bereits maßgeblich durch andere Akteure vorangetrieben werden. Insofern ist gerade für Deutschland die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern mit eigenen erfolgreichen Rohstoffindustrien auch in der Kooperation mit Entwicklungsländern essenziell.

Das vielleicht grundlegendste Hindernis für den Aufbau erfolgreicher Rohstoffsektoren nicht nur in Entwicklungsländern, sondern in der ganzen Welt außerhalb Chinas, liegt in der aktuellen globalen Marktstruktur. Die etablierten chinesischen Anbieter sind dank ihrer vertikalen Integration, staatlicher Unterstützung, Skaleneffekten und technologischer Expertise in der Lage, Materialien zu Preisen anzubieten, die potenzielle neue Wettbewerber kaum auf Anhieb erreichen können. Zugleich zeigen die meisten Firmen in Industrien, die Materialien

[24] Sarah Logan and Maddalena Procopio, “Lost in Processing: Why ‘Made in Europe’ Needs an Africa Strategy,” *ECFR Commentary*, 23. April 2026, https://ecfr.eu/article/lost-in-processing-why-made-in-europe-needs-an-africa-strategy/. Vlado Vivoda, “What Attracts Critical Minerals Processing? Investment Conditions beyond the Mine,” *Mineral Economics*, 2026, https://doi.org/10.1007/s13563-026-00674-3.

oder Zwischenprodukte abnehmen, keine Bereitschaft, als Teil ihres eigenen Risikomanagements einen Aufpreis zu zahlen, um ihre Bezugsquellen zu diversifizieren – sei es, weil sie die Versorgung aus China als verlässlich betrachten oder aufgrund des oft hohen Wettbewerbs- und Kostendrucks. Firmen, die ihre Verwundbarkeit erkennen und reduzieren wollen, sind zudem in den seltensten Fällen allein in der Lage, Rohstoffprojekte finanziell abzusichern und sie in ihre komplexen Lieferketten einzubinden. Daher gelingt es Projektentwicklern nur in Ausnahmefällen, zum Zeitpunkt einer geplanten Investition Partner zu finden, mit denen sie belastbare Vereinbarungen über die Abnahme der zu produzierenden Materialien treffen können. Ohne diese Vereinbarungen wiederum geben Finanzierern inkl. der staatlichen Entwicklungsbanken keine Unterstützung für Projekte frei. An diesem Punkt scheitern viele Rohstoffvorhaben oder verzögern sich teilweise um Jahre.

Zudem ist die Marktdominanz chinesischer Anbieter bei wichtigen Materialien so ausgeprägt, dass sie bei Bedarf die global verfügbaren Volumina und Preise strategisch beeinflussen können, sodass Investitionen in neue Projekte unwirtschaftlich werden. Wie der CEO der Bergbaufirma Nyrstar mit Bezug auf ein potenzielles Verarbeitungsprojekt für Germanium in Deutschland argumentierte: „Aktuell existiert kein funktionierendes Geschäftsmodell. Es gibt im Moment zwar Exportbeschränkungen aus China, aber diese könnten jederzeit rückgängig gemacht werden. Dann würde der Markt erneut mit günstigem Material geflutet werden, und die Preise sinken. Das heißt, wir hätten stark in eine Produktion investiert, die sich dann aber nicht lohnen würde. Das ist bereits bei Indium passiert. Das Risiko ist derzeit also zu hoch, um als Unternehmen allein zu investieren.“[25]

Für dieses auch für die internationale Rohstoffkooperation zentrale Problem hat die Bundesregierung noch keine passende Antwort gefunden. Das Für und Wider verschiedener Konzepte, von Diversifizierungsquoten für Abnehmerindustrien bis projektspezifischen, vertraglichen Preisgarantien, wird in Fachkreisen intensiv diskutiert, wobei sich eine Kombination verschiedener Lösungen für jeweils unterschiedliche Materialien und Märkte anbietet.[26] Klar ist allerdings, dass entweder die Industrie oder der Staat für Mehrkosten gegenüber den günstigen chinesischen Preisen aufkommen muss. Eine entsprechende Entscheidung hat die Bundesregierung bisher vermieden und setzt offenbar trotz gegenteiliger Erfahrungen aus den vergangenen Jahren weiter darauf, dass Unternehmen die Diversifizierung doch noch selbst mit freiwilligen Initiativen vorantreiben.

Entweder die Industrie oder der Staat muss für Mehrkosten gegenüber den günstigen chinesischen Preisen aufkommen

Angesichts dieser strukturellen Herausforderungen hätte auch eine stärkere Ausrichtung des bisherigen deutschen entwicklungspolitischen Engagements auf das Wachstum von Rohstoffsektoren in Partnerländern vermutlich nur begrenzte Wirkung entfaltet. Dennoch ist fraglich, ob die starke Konzentration auf die Aspekte Nachhaltigkeit, Transparenz und Regierungsführung für Deutschlands Positionierung als Partner für rohstoffreiche Entwicklungsländer hilfreich gewesen ist. Von Entscheidungsträgern in Partnerländern kann dieser leicht als paternalistisch aufgefasst werden, zumal deutsche und europäische Akteure diesen ESG-Themen[27] gerade im Bereich der Projektfinanzierung hohe Bedeutung beimessen. Kritiker bemängeln, dass die Behandlung des Rohstoffsektors sowohl durch europäische öffentliche Förderbanken als auch etwa in der EU-Taxonomie für nachhaltige Finanzierung es zusätzlich erschweren, europäisches Kapital für Rohstoffprojekte gerade in Entwicklungsländern zu

[25] Judith Henke, “Rohstoffe: „Können etwa 25 Prozent des Germanium-Bedarfs in Europa decken“,” *Handelsblatt*, 21. Juni 2026, https://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/devisen-rohstoffe/rohstoffe-koennen-etwa-25-prozent-des-germanium-bedarfs-in-europa-decken/100239893.html.
[26] Klumpp et al., *Out of the Dependency Trap: Why Germany’s and Europe’s Critical Raw Materials Policy Falls Short and How to Fix It*.
[27] Environmental, Social, and Governance.

mobilisieren – und zwar unter fast völliger Ausblendung der Frage, ob die Regierung des Landes, in dem ein Projekt umgesetzt werden soll, es in Abwägung der eigenen Prioritäten befürwortet.[28]

Gleichwohl finden sich weder im politischen Diskurs in Partnerländern noch in der Rohstoffindustrie viele Stimmen, die eine Befassung mit ESG-Themen grundsätzlich ablehnen. Vielmehr wird diese vor allem seitens zivilgesellschaftlicher Akteure oft intensiv gefordert und auch selbst betrieben, sodass auch Unternehmen ihre „social license to operate" und Regierungen die Wahrnehmung von Rohstoffprojekten der Bevölkerung meist durchaus im Blick haben. Kritik entzündet sich typischerweise nicht daran, dass Deutschland Projekte in diesem Bereich unterstützt, sondern dass es nicht zugleich aktiver zum Wachstum des Sektors beiträgt, insbesondere durch Mobilisierung von Industrieakteuren. Um dies zu erreichen, ist eine Neuaufstellung der deutschen Rohstoffkooperation in Entwicklungsländern erforderlich, in dem das explizit entwicklungspolitische Engagement zu Rohstoffen wesentlich besser als bisher mit Deutschlands anderen Instrumenten verzahnt wird.

Ein besseres Kooperationsmodell und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit

Wenn privates Kapital in der deutschen Rohstoffkooperation eine zentrale Rolle spielen soll, führt kein Weg daran vorbei, Investitionen durch verlässliche Abnahme zu tragfähigen Preisen strukturell attraktiver machen. Die Bundesregierung betont in diesem Zusammenhang, dass sie „konkrete Abnahmeinteressen der Industrie" stärker flankieren will.[29] Mit der gleichen Stoßrichtung wird bereits auf EU-Ebene eine Plattform aufgebaut, auf der die Bedarfe potenzieller Abnehmer gesammelt und gebündelt werden sollen. Eine solche Plattform kann helfen, Abnahmevereinbarungen zu koordinieren und Initiativen an den Bedarfen der Industrie auszurichten. Hierfür bedarf es allerdings einer starken zentralen Institution, die diese Aufgabe aktiv verfolgt. Aktuell baut die EU-Kommission ein EU-Zentrum für kritische Rohstoffe auf, das diese Rolle perspektivisch übernehmen könnte. Zur Umsetzung und Ressourcenausstattung gibt es aber noch viele offene Fragen.[30] In jedem Fall können eine solche Plattform und ähnliche Instrumente nur Wirkung entfalten, wenn aus der Industrie ausreichend Nachfrage für Materialien aus alternativen Bezugsquellen gegeben ist und auch die Bereitschaft besteht, dafür Preise zu zahlen, die neue Abbau- und Verarbeitungsprojekte wirtschaftlich tragfähig machen. Bisher ist dies offenbar nicht der Fall.[31]

Um diese Nachfrage politisch zu forcieren, bleiben Instrumente wie Diversifizierungsvorgaben für Unternehmen oder staatlich gesetzte Preisuntergrenzen in Kombination mit Zöllen (auf EU-Ebene und idealerweise koordiniert mit G7-Partnern) eine wichtige Option. Für letzteren Ansatz haben sich vor allem die USA stark gemacht, Europas Position ist bislang unter anderem wegen fehlender Details zur technischen Umsetzung zögerlich geblieben. Gerade wenn bei solchen breit angelegten Interventionen nicht bald Fortschritte erzielt werden, muss auf Ebene der einzelnen Projekte die finanzielle Unterstützung über Anfangsinvestitionen hinaus auf staatliche Absicherung der Nachfrage zu vereinbarten Preisen ausgeweitet

---

[28] Theophilus Acheampong and Sarah Logan, *Too Clean to Compete: Why Strict Standards Keep Europeans out of African Minerals*, ECFR Policy Brief (2025), https://ecfr.eu/publication/too-clean-to-compete-why-strict-standards-keep-europeans-out-of-african-minerals/.

[29] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „Bundesregierung stellt die Rohstoffaußenpolitik neu auf."

[30] Tom Moerenhout und Maximilian Kessler, "An Effective and Efficient Critical Raw Materials Centre," Submission for EC DG GROW Public Consultation on the Critical Raw Materials Centre, Geneva Platform for Resilient Value Chains, July 29, 2026.

[31] Klumpp et al., *Out of the Dependency Trap: Why Germany's and Europe's Critical Raw Materials Policy Falls Short and How to Fix It*.

werden. Hierfür haben die USA mit einer Preisgarantie für MP Materials, einem Hersteller von Seltenen Erden für Magnete, ein Beispiel gegeben.[32] Deutschland und Europa sollten ein transparentes System für solche Förderungen aufsetzen. Vor allem bei Materialien, die nur in kleinen Mengen benötigt werden und bei denen bereits ein einzelnes Projekt einen großen Beitrag zur Reduzierung von Abhängigkeiten leisten kann, sind die hierfür erforderlichen Mittel überschaubar und verblassen gegenüber den politischen Kosten der aktuellen Erpressbarkeit.

Auf dieser Grundlage sollten bilaterale Rohstoffkooperationen wesentlich stärker als bisher an konkreten aussichtsreichen Projekten und idealerweise Clustern solcher Projekte ausgerichtet werden. Diese gilt es aktiv zu identifizieren, mit den Regierungen der jeweiligen Partnerländer als gemeinsame Priorität zu definieren, von staatlicher Seite mitzuentwickeln und in der gesamten Umsetzung eng zu begleiten. Ein erster Schritt in diese Richtung erfolgte 2025 auf EU-Ebene mit der Auswahl von 60 „strategischen Projekten“ im Rahmen des EU Critical Raw Materials Act, davon 13 außerhalb der EU und vier in Afrika. Nach 46 weiteren Projekten in EU-Ländern im Oktober 2026 sollen gegen Jahresende noch zusätzliche Projekte in Drittländern folgen. Abgesehen vom primären Fokus auf Projekte innerhalb der EU beschränkt sich dieses Instrument jedoch darauf, dass die EU-Kommission die Projekte bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten und Abnehmern unterstützt, was in vielen Fällen noch nicht zum Erfolg geführt hat.[33] Zudem ist es darauf angewiesen, dass sich Projekte ihrerseits bei der EU bewerben und bereits einen entsprechenden Reifegrad erreicht haben.

Rohstoffkooperationen sollten wesentlich stärker an konkreten Projekten ausgerichtet werden

Für eine aktive Rolle bei der Anbahnung und Entwicklung sowie umfassendere Unterstützung von Projekten bedarf es eines öffentlichen Akteurs mit explizitem Mandat, Fachexpertise und angemessenen Ressourcen. Dieser sollte mindestens eng mit den relevanten Förderbanken und anderen Finanzierern vernetzt sein und möglichst auch selbst über substanzielle finanzielle Ressourcen verfügen. Auf EU-Ebene könnten diese Aufgaben im geplanten EU-Zentrum für kritische Rohstoffe verankert werden. In Deutschland könnten bestehende Kompetenzen der BGR, KfW oder auch relevanter Teams der GIZ zu einem solchen Akteur weiterentwickelt werden. Die Bundesregierung hat ihrerseits angekündigt, im Ausland zentrale Anlaufstellen für Rohstoffe einzurichten, die Aktivitäten vor Ort koordinieren und als zentraler Ansprechpartner fungieren. Darüber hinaus gilt es, systematisch Expertise in den EU-Delegationen und den deutschen Botschaften aufzubauen.

In einem solchen Modell kann die Verzahnung mit entwicklungspolitischen Maßnahmen im jeweiligen Partnerland eine entscheidende Rolle spielen, um die priorisierten Projekte möglichst zügig zum Erfolg zu führen. Im Aktionsplan „Starke Partnerschaften für eine erfolgreiche Wirtschaft weltweit“ kündigte das BMZ an, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) und der Wirtschaft das Thema kritische Rohstoffe „stärker in den Blick“ zu nehmen; eine gemeinsame Flankierung privatwirtschaftlicher Investitionen in Rohstofflieferketten soll laut Aktionsplan geprüft werden, „um Risiken zu reduzieren und lokale Wertschöpfung zu fördern.“[34] Das ist grundsätzlich die richtige Stoßrichtung, die es aber dringend zu konkretisieren und in die Tat umzusetzen gilt. In der Ankündigung zur Neuaufstellung der Rohstoffaußenpolitik wird dieser Aspekt nicht explizit aufgegriffen.

---

[32] Gracelin Baskaran und Meredith Schwartz, “Industrial Policy Is Back - And Minerals Are at the Center,” Center for Strategic and International Studies, February 26, 2026, https://www.csis.org/analysis/industrial-policy-back-and-minerals-are-center.

[33] European Court of Auditors, *Critical Raw Materials for the Energy Transition: Not a Rock-Solid Policy*, Special report no. 04/2026 (2026), https://www.eca.europa.eu/ECAPublications/SR-2026-04/SR-2026-04_EN.pdf.

[34] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, “Starke Partnerschaften Für Eine Erfolgreiche Wirtschaft Weltweit,” Oktober 2025, S. 3, https://www.bmz.de/resource/blob/269838/aktionsplan-wirtschaft-entwicklung-20251002-ansicht.pdf.

Ein zentrales Handlungsfeld ist dabei die Energie- und Transportinfrastruktur, die für Umsetzung und Wirtschaftlichkeit von Rohstoffprojekten zentral sind. Die EU-Initiative Global Gateway, an deren Umsetzung u.a. die KfW beteiligt ist, zeigt hier relevante Ansätze, bisher gibt es aber wie erwähnt kaum Vorhaben mit konkretem Bezug zu Rohstoffprojekten. Ergänzend zu den Vorhaben, die von den EU-Delegationen mit Partnerländern vereinbart oder durch Förderbanken und andere Institutionen der Mitgliedsstaaten eingebracht werden, richtete die EU-Kommission Ende 2025 auch einen „Global Gateway Investment Hub" ein, über den Unternehmen ihrerseits Förderanträge bei der EU-Kommission stellen können. In Deutschland wird dieser flankiert durch eine nationale Kontaktstelle bei Germany Trade And Invest (GTAI).[35] Auch dieses Modell setzt aber einen Grad an privatwirtschaftlicher Initiative voraus, der unter den aktuellen Bedingungen nur selten gegeben ist, und macht es schwierig, zügig und koordiniert die Bedingungen für den Erfolg eines Rohstoffprojekts zu schaffen. Aussichtsreicher wäre es, erfolgskritische Infrastrukturmaßnahmen für die priorisierten Projekte im Zuge der regelmäßigen entwicklungspolitischen Regierungsverhandlungen (sowohl auf EU-Ebene als auch bilateral) sowie in spezifischen Verhandlungen zur Rohstoffkooperation direkt mit der jeweiligen Partnerregierung als Teil eines Gesamtpakets zu diskutieren, um gemeinsam passende Finanzierungslösungen zu vereinbaren und das Vorgehen in der Umsetzung abzustimmen. Gleiches gilt bei den Themen Ausbildung lokaler Fachkräfte und technischer Kapazität in Behörden, wo entwicklungspolitische Maßnahmen ebenfalls maßgeblich zum nachhaltigen Erfolg von Rohstoffprojekten beitragen können.

Die etablierte technische Zusammenarbeit der BGR bei der Kartierung und Analyse von Rohstoffvorkommen in Partnerländern sollte für die Identifizierung und Anbahnung potenzieller Projekte systematisch genutzt werden. Versuche in dieser Richtung gab es bereits in der Vergangenheit, etwa im EU-Projekt „Africa MaVal", im Zuge dessen die BGR fast 100 Steckbriefe zu potenziellen Rohstoffprojekten in Afrika erstellte.[36] Tatsächliche Projekte kamen auf dieser Basis aber nicht zustande, wozu auch mangelnde aktive Ansprache plausibler Investoren und Projektentwickler beigetragen haben dürfte. Hier ist insbesondere eine engere Zusammenarbeit mit „Junior Miners" aus Partnerländern mit erfolgreichen Rohstoffsektoren wie Kanada oder Australien wichtig. Zudem sollte der bisher stark auf größere und bereits fortgeschrittene Bergbau- und Verarbeitungsprojekte ausgerichtete nationale Rohstofffonds auch für Explorationsprojekte geöffnet werden.

Die Stärkung von ESG-Standards sollte auch künftig ein Element Deutschlands internationaler Rohstoffkooperation bleiben, aber auf einen veränderten Ansatz setzen. Selbst bei Ausblendung normativer Aspekte ist es mit Blick auf die Reduzierung lokaler Konflikte und möglicher Störungen sinnvoll, die Auswirkungen von Rohstoffprojekten auf Umwelt und soziale Dynamiken durch gezielte Projekte aktiv zu gestalten. Hier kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auf erprobten Formaten aufbauen, die aber stärker bei Projekten mit weiterer deutscher Beteiligung in Finanzierung und Umsetzung verankert werden sollten.

Handlungsbedarf gibt es vor allem bei der bisherigen Praxis in der Finanzierung von Projekten, die Erfüllung hoher ESG-Standards bereits zur Voraussetzung für ein deutsches und europäisches Engagement zu machen. In Kombination mit der besonders ausgeprägten Risikoaversion vieler europäischer Finanzierer sowie teils pauschalen Bedenken gegenüber Vorhaben in Afrika trägt dieser Ansatz dazu bei, dass Projekte mit deutscher und europäischer Beteiligung sich häufig stark verzögern oder gar nicht erst zustande kommen.[37] Zugleich kommen unter fragwürdigen Bedingungen produzierte Materialien trotzdem auf den eigenen

---

[35] „Deutsche Anlaufstelle – Global Gateway Investment Hub", Germany Trade & Invest, aufgerufen am 28 September 2026, https://www.gtai.de/de/trade/specials/global-gateway/investment-hub

[36] Philip Schütte et al., „D7.1 – Factsheets on African Mining Project Evaluation (Strategic, Economic, ESG, Infrastructure)", 2024, https://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Rohstoffe/Downloads/Downloads-MR/proj_AfricaMaVal_D7_1_Factsheets_of_Africa_Mining.pdf?__blob=publicationFile&v=3

[37] Christopher Vandome, "Geopolitical Discrimination and Institutional Governance of Strategic and Critical Minerals: Implications for Africa," *The Extractive Industries and Society* 25 (März 2026): 101765, https://doi.org/10.1016/j.exis.2025.101765.

Markt, spätestens als Teil von Zwischen- oder Endprodukten, die oft den Umweg über Verarbeitung in China genommen haben (etwa im Falle von Kobalt aus der Demokratischen Republik Kongo).[38] Diese Situation ist weder mit Blick auf die deutsche Versorgungssicherheit noch mit Blick auf ESG-Ziele sinnvoll. Stattdessen sollten die Anforderungen so verändert werden, dass der Fokus auf einem realistischen Plan zur kontinuierlichen Verbesserung der Situation vor Ort liegt, die im Projektverlauf selbstverständlich nachgehalten werden muss.

Insgesamt werden im hier skizzierten Modell für Deutschlands Rohstoffkooperation entwicklungspolitischen Maßnahmen stark in einen breiteren Ansatz integriert, der maßgeblich auf das Ziel der deutschen Versorgungssicherheit ausgerichtet ist. Da Ausgaben für offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) laut OECD-Definition „primär" den Interessen des Partnerlandes dienen müssen, mag dies die Frage aufwerfen, bis zu welchem Punkt diese Anforderung erfüllt ist. Dies oft schwer zu beantworten, trotz der offenkundigen Bedeutung des Rohstoffsektors für die Staatseinnahmen der Partnerländer und als Element von Entwicklungsstrategien der Partnerregierungen sowie des Nutzens etwa von Infrastrukturinvestitionen über damit zusammen-hängende Rohstoffprojekte hinaus. Entscheidend für Deutschlands Engagement sollte jedenfalls sein, ob insbesondere die Partnerregierung sowie andere wichtige Stakeholder vor Ort die Wirkung des Engagements positiv bewerten. Wenn eine Partnerregierung ihrerseits Vorschläge für andere Prioritäten für Deutschlands bilaterale Entwicklungszusammenarbeit hat, sollte die Bundesregierung diese offen mit ihr diskutieren. Ein vom jeweiligen Partner unterstütztes Projekt deshalb in Frage zu stellen, weil es auch Deutschlands eigenen Interessen zu sehr nützen könnte, führt die Diskussion um Entwicklungszusammenarbeit im gemeinsamen Interesse jedoch ad absurdum.

Entscheidend für Deutschlands Engagement sollte sein, ob Partnerregierung und andere Stakeholder vor Ort die Wirkung positiv bewerten

Auch mit Blick auf diese Aspekte ist es wichtig, dass Deutschlands Rohstoffkooperation inklusive der entwicklungspolitischen Elemente stets auf Basis klarer und transparenter Vereinbarungen erfolgt, in denen die angestrebte Umsetzung der priorisierten Projekte und die jeweiligen Beiträge seitens Partnerregierung, Bundesregierung, und beteiligten Unternehmen festgehalten werden. Realistische Annahmen und Erwartungen sind dabei zentral: So wird etwa der Aufbau von Verarbeitungskapazitäten vor Ort vor allem wegen unzureichender Energieinfrastruktur oft einen mittelfristigen Plan darstellen, auf den alle Partner schrittweise gemeinsam hinarbeiten müssen. Hierbei kann auch eine Zusammenarbeit mit weiteren internationalen Partnern, etwa aus der Golfregion, eine konstruktive Rolle spielen. Im Gegenzug für die mit diesem Kooperationsmodell verbundenen Aufwände müssen die Vereinbarungen auch Vorkehrungen treffen für den Fall, dass eine der Parteien ihre Zusagen nicht einhält – es ist nicht akzeptabel, dass Deutschland die Entwicklung eines Rohstoffprojekts im Ausland mit öffentlichen Mitteln unterstützt, aber deutsche Abnehmer keinen Zugang zum produzierten Material erhalten, etwa weil das Projekt zwischenzeitlich an einen Investor aus einem anderen Land verkauft wird oder die Partnerregierung Ausfuhrbeschränkungen einführt.

---

[38] Angesichts regelmäßiger Berichte über Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung im Zusammenhang sowohl mit Kleinbergbau als auch industriellem Bergbau in der DR Kongo ist dies nahezu sicher der Fall, gerade weil sich Lieferketten weiterhin kaum von End- und Zwischenprodukten bis zur Mine zurückverfolgen lassen – trotz diverser Bemühungen um Lieferkettentransparenz und Nachverfolgung. Siehe z.B. RAID and African Resources Watch, *Beneath the Green: A Critical Look at the Environmental and Human Costs of Industrial Cobalt Mining in DRC* (2024), https://raid-uk.org/wp-content/uploads/2024/03/Report-Beneath-the-Green-DRC-Pollution-March-2024.pdf; Andrew L. Gulley, "China, the Democratic Republic of the Congo, and Artisanal Cobalt Mining from 2000 through 2020," *Proceedings of the National Academy of Sciences* 120, no. 26 (2023): e2212037120, https://doi.org/10.1073/pnas.2212037120; Vaios Triantafyllou et al., *Corporate Due Diligence, Auto Industry, and Battery Supply Chains*, nos. 25–15 (Resources for the Future, 2025), https://media.rff.org/documents/Report_25-15_tJWt3jH.pdf.

Fazit

In wenigen Bereichen ist das Potenzial für Kooperation mit Entwicklungsländern im gegenseitigen Interesse so klar wie bei kritischen Rohstoffen. Die Bundesregierung hat dies seit längerem erkannt und die Relevanz solcher Partnerschaften in ihrer Ankündigung zur Neuaufstellung der deutschen Rohstoffaußenpolitik im November 2026 nochmals unterstrichen. Nun gilt es, die Chancen durch ein neues Modell der Zusammenarbeit endlich entschlossener zu nutzen. Entwicklungspolitische Instrumente sind dabei kein Beiwerk, sondern ein kritisches Element, das mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden muss. Wenn Deutschland gemeinsam mit internationalen Partnern seine Bemühungen konsequent darauf ausrichtet, konkrete Abbau- und Verarbeitungsprojekte in Partnerländern zu ermöglichen und aktiv voranzutreiben, kann dies einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit des Landes leisten und letztlich auch den Bemühungen um Nachhaltigkeit in der Entwicklung der Partnerländer, die ein wichtiger Teil des Modells bleiben sollten, zu größerer Wirkung verhelfen.

Danksagung

Der Autor dankt den GPPi-Kollegen Florian Klumpp und Philipp Rotmann sowie Alicia Blázquez, Lotte Buschenhagen und Greta Wareham vom Strategic Communications and Advocacy Lab für hilfreiche Kommentare zu einem Entwurf dieses Papiers. Die Zusammenarbeit mit Meike Schulze und Ricardo Soares de Oliveira im Zuge eines Projekts zur europäischen Rohstoffkooperation in Afrika (mit finanzieller Unterstützung der Calouste Gulbenkian Foundation) hat maßgeblich zur Entwicklung der Analyse beigetragen. Jegliche Fehler und Irrtümer liegen ausschließlich in der Verantwortung des Autors.

Das Papier wurde finanziell unterstützt von More in Common UK in Zusammenarbeit mit dem Strategic Communications and Advocacy Lab.

Reflect. Advise. Engage.

The Global Public Policy Institute (GPPi) is an independent non-profit think tank based in Berlin. We conduct research, offer ideas and advice and facilitate dialogue, seeking to contribute to a world that is more peaceful, just and equipped to address global challenges.

Reinhardtstr. 7, 10117 Berlin, Germany
Phone +49 30 275 959 75-0
gppi@gppi.net
gppi.net